

Außenansicht

Das Land in der Ecke

Vor dem Treffen der EU-Außenminister: Wer Syrien weiter ignoriert, der schadet auch seinen eigenen Interessen

Von Volker Perthes

Syrien ist ein schwieriges Land, und der Umgang mit Damaskus ist nicht leichter geworden, seit Baschar al-Assad vor sechs Jahren die Macht im Staat von seinem Vater geerbt hat. Amerikanische Regierungsvertreter sprachen noch vor kurzem davon, dass man Syrien am besten „vergammeln“ lassen solle („Let Syria rot“) – es also die Mühe nicht lohne, sich mit Damaskus auseinanderzusetzen. Der jüngste Krieg im Libanon allerdings hat deutlich gemacht, dass man Syrien nicht ignorieren kann, wenn man Stabilität und mittelfristig Frieden im Nahen Osten anstrebt.

Dabei ist es keineswegs so, dass Syrien die Entführung der zwei israelischen Soldaten, die den Auslöser für den Libanonkrieg lieferte, gewissermaßen bei der libanesischen Hisbollah bestellt hätte. Sicherlich war die Hisbollah seit ihrer Gründung auf finanzielle Unterstützung und Waffenlieferungen aus Iran und auf die Versorgung durch Syrien angewiesen. Allerdings hat ihre Unabhängigkeit von Damaskus seit dem Abzug syrischer Truppen aus dem Libanon im Frühjahr 2005 erheblich zugenommen. Obgleich also Hassan Nasrallah, der Chef der Hisbollah, nicht auf Geheiß von Baschar al-Assad handelte, so erkannte Syrien doch früh den Nutzen der regionalen Krise für seine eigenen strategischen Interessen. Syrien tat erstmal gar nichts, eskalierte nicht, trug aber auch nicht zur Deeskalation bei.

Um Syriens Verhalten in der Krise zu verstehen, ist ein Blick auf die innenpolitischen und regionalen Herausforderungen des Landes notwendig. In der bisherigen Regierungszeit Präsident Assads sind wirtschaftliche und politische Reformen kaum vorangekommen. Die Korruption hat zugenommen, staatliche Institutionen sind geschwächt. Gleichzeitig haben regionale Dynamiken und Fehler der Assad-Regierung zu einer internationalen und regionalen Isolierung Syriens geführt. Konflikte aus dem benachbarten Irak bedrohen mittlerweile auch Syrien: Vor allem besteht die Gefahr, dass syrische „Dschihadisten“, die im Irak einen unheiligen Krieg führen, zur Fortsetzung dieses Kampfes in ihr Heimatland zurückkehren. Abgelegene Regionen im Norden, die durch Spannungen zwischen Arabern und Kurden in Unruhe

versetzt wurden, haben sich der Kontrolle der Regierung bereits entzogen. Die Polarisierung zwischen Schiiten und Sunniten ist auch in Damaskus deutlich zu spüren. Sie hat bereits Saudi-Arabien und andere Regionalmächte dazu veranlasst, Syrien zu drängen, seine Beziehungen zu Iran zu lockern. Syrien wäre – und weiß das auch – durch ein Auseinanderbrechen des Irak selbst direkt bedroht.

Dennoch fühlt sich das Assad-Regime nach der Libanonkrise in einigen seiner innen- und regionalpolitischen Standpunkte bestätigt: Es gebe keinerlei Grund, so das Argument führender Repräsentanten, die autoritären Elemente des eigenen Systems aufzugeben. Oder wolle der Westen etwa in Syrien eine „Demokratie“ wie im Nachbarland Irak? Und warum solle sich Damaskus in Sa-

chen Libanon kooperativ zeigen, wenn der Westen sich doch so viel Mühe gemacht habe, die syrische Dominanz über das Nachbarland zu unterbinden? Damaskus verfolgt dabei seine altbewährte Verhandlungstaktik, keine Karte auszuspielen, bevor die Gewinne eines solchen Spielzuges nicht als gesichert gelten. Folglich haben syrische Politiker deutlich gemacht, was sie sich von der Kooperation mit dem Westen versprechen: Die USA sollen ihre Isolationspolitik und ihre Drohgebärden beenden. Neben einer Rolle als anerkannte Regionalmacht will Damaskus vor allem seine Gebiete unter israelischer Besatzung im Rahmen eines neuen Friedensprozesses zurückerlangen. An dieser Stelle würde die syrische Agenda auch von der seines einzigen regionalen Alliierten – Iran – abweichen: „Wir wollen einen Friedensprozess, sie nicht“, formuliert ein hochrangiger syrischer Politiker im privaten Gespräch.

Prinzipiell könnte Syrien im Gegenzug einiges tun, um zu regionaler Stabilität beizutragen. Syrien könnte mit dem Irak in Fragen der Grenzsicherheit enger kooperieren und auch die Geldwäsche der ehemaligen irakischen Eliten in Syrien unterbinden. Damaskus könnte deutlich machen, dass es eine palästinensische Regierung der nationalen Einheit unterstützt. Die syrische Führung könnte – und sollte – libanesische Gruppen, auf die es weiterhin Einfluss hat, ermutigen, die libanesische Regierung zu unter-

stützen. Damaskus selbst könnte sich dem Nachbarland gegenüber kooperativ zeigen: zum Beispiel durch eine verbindliche Grenzregelung mit dem Libanon, der den Verzicht Syriens auf die Sheeba-Farmen im Dreiländereck mit Israel und dem Libanon amtlich macht, oder bei der Abwicklung des Grenzverkehrs.

Westliche Politik, die Syrien ignoriert, wird weder den Libanon stabilisieren noch amerikanische und europäische Interessen in der gesamten Region befördern. Eine Einbeziehung Syriens auf der Basis seines eigenen legitimen nationalen Interesses – dazu gehört vor allem die Wiedergewinnung der israelisch besetzten Golanhöhen, nicht aber die direkte oder indirekte Wiederbelebung seiner Vorherrschaft im Libanon – ist die beste Grundlage, um innerhalb Syriens reformorientierte Kräfte zu stärken.



Volker Perthes ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik. Er war während des Libanon-Krieges im Auftrag von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in Syrien. Foto: dpa

Deshalb sollte die EU den Ratifizierungsprozess des seit 2004 eingefrorenen Assoziationsabkommens mit Syrien, das die Grundlage für weitere Kooperation bietet, wieder aufnehmen. Dies wäre sicherlich keine leichte Kost für diejenigen, die Syrien bestrafen wollen. Aber es wäre eine realistische Kompromisslösung, die der EU die Möglichkeit bieten wird, auch auf Fragen der Regierungsführung und der Menschenrechte Einfluss zu nehmen.

Der Libanon-Krieg hat sehr deutlich gezeigt, dass ohne eine umfassende Lösung des arabisch-israelischen Konflikts kein „neuer“ Naher Osten entstehen wird. Es wäre sinnvoll, wenn das „Nahost-Quartett“ – also die USA, die EU, die UN und Russland – , das sich bislang nur für den israelisch-palästinensischen Konflikt zuständig fühlt, eine *goal map* vorbereitet: eine Art Zielvereinbarung, welche die legitimen Interessen aller, Israels und seiner drei Nachbarn, mit denen es bisher noch keinen Friedensvertrag hat, berücksichtigt. Das umfasst: die Sicherheit Israels, die Staatlichkeit Palästinas, die Souveränität des Libanon und die Wiederherstellung der territorialen Integrität Syriens. Mit einer solchen Perspektive könnte Syrien zu einer konstruktiven Rolle in der Region zurückfinden. Ohne eine solche Perspektive – das ist sicher – wird Damaskus zeigen, dass es, auch aus der Ecke heraus, Stabilisierung im Nahen Osten unterminieren kann.